

Beschluss der 7. Mitteldeutschlandkonferenz der CDU-Landtagsfraktionen von Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen

Magdeburg, 16. November 2015

Gegen höhere Netzentgelte und steigende Energiekosten in den mittel- deutschen Ländern

Der Übertragungsnetzbetreiber 50 Hertz Transmission GmbH hat für das Jahr 2016 einen deutlichen Anstieg der Netzentgelte von bis zu 30 Prozent angekündigt. Die mitteldeutschen Länder Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen haben im bundesweiten Vergleich bereits bis zu 50 Prozent höhere Netzentgelte. Dies wirkt sich seit Jahren negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit und die regionale Wirtschaftsstruktur vor allem bei Mittelstand und Handwerk aus. Entsprechende Ungleichgewichte sind bundesweit auch zwischen Stadt und Land zu beobachten. Gründe hierfür sind im Wesentlichen die notwendigen Netzinvestitionen infolge eines hohen Ausbaus der erneuerbaren Energien, hohe und weiter steigende Betriebskosten für die Integration des EEG-Stroms (Redispatch-Kosten, also kurzfristige Eingriffe in die Fahrweise konventioneller Kraftwerke, sowie Entschädigungszahlungen bei der Abregelung von EEG-Anlagen zur Wahrung der Systemstabilität) sowie ein vergleichsweise niedriger Verbrauch.

Die neuen Bundesländer, insbesondere die mitteldeutschen Länder haben gemeinsam den bisher größten Beitrag zur CO₂-Reduktion Deutschlands geleistet. Eine erneute Kostensteigerung hätte negative Auswirkungen auf die langfristige Standortsicherung international tätiger Unternehmen und die energieintensiven Branchen in Mitteldeutschland. Die hohen Netzentgelte sind eine Sonderlast, deren Abbau längst überfällig ist. Die angekündigte Erhöhung der Netzentgelte durch den Übertragungsnetzbetreiber 50 Hertz Transmission GmbH zeigt einmal mehr, dass die Vorreiter beim Ausbau der erneuerbaren Energien durch höhere Umlagen überproportional belastet werden. Aktuell werden bereits durch die gesetzlich vorgeschriebenen Netzentgeltberechnungen systematisch jene Regionen benachteiligt, die maßgeblich dafür sorgen, dass die Erneuerbaren-Ausbauziele Deutschlands erreicht werden. Dem weiteren Auseinanderdriften der Netzentgelte muss durch eine zügige Reform entgegen gewirkt werden.

Derzeit entfallen auf die Netzentgelte rund 20 Prozent des Strompreises für Haushaltskunden aus. Hat ein Haushalt einen durchschnittlichen Jahresverbrauch von 4.000 Kilowatt-Stunden (kWh), so fallen davon im Bundesdurchschnitt 252 Euro netto für das Netzentgelt an. In den Stadtstaaten, aber auch in Baden-Württemberg und Bayern, sind die Entgelte deutlich niedriger als etwa in den dünn besiedelten neuen Bundesländern.

Die CDU-Fraktionen der mitteldeutschen Länder sprechen sich gegen höhere Netzentgelte und damit höhere Stromkosten aus, die besonders in energieintensiven Branchen sowie bei Mittelstand und Handwerk heimische Arbeitsplätze gefährden.

Wir fordern:

1. Die Abwendung von Nachteilen in der Netzentgeltgestaltung bei Übertragungsnetzen in den mitteldeutschen Ländern.
2. Die Sanierung und der Ausbau der Netze in den alten Bundesländern dürfen nicht zu steigenden Netzentgelten in den neuen Bundesländern führen.
3. Der Bund muss die sogenannte vermiedenen Netzentgelte für volatil einspeisende Anlagen sofort abschaffen, aber die vermiedenen Netzentgelte für Kraft-Wärme-Kopplung (KWK)-Anlagen beibehalten.
4. Eine stärkere finanzielle Beteiligung der regenerativen Energien am Netzausbau und an der Sanierung der bestehenden Netze.
5. Der Beitrag zur gesamtdeutschen CO₂ Reduktion, der vorrangig durch die neuen Bundesländer erbracht wurde, ist anzuerkennen und muss sich in stabilen sowie wettbewerbsfähigen Energiekosten für die mitteldeutschen Länder widerspiegeln.
6. Keine weiteren Benachteiligungen einzelner Energiearten durch den Bund und Festhalten an einem breiten Energiemix unter Beteiligung der heimischen Braunkohle mit dem Ziel einer sicheren, preisstabilen und unabhängigen Energieversorgung.